



Wir trauern um unser geschätztes Ehrenmitglied und unseren Schäferkollegen

## Stefan Studer-Pfammatter

Wir werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Den Angehörigen entbieten wir unsere christliche Anteilnahme.

SN-Schafzuchtgenossenschaft Mund



Traurig nehmen wir Abschied von unserem geschätzten Ehrenmitglied

## Stefan Studer-Pfammatter

Wir werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Den Angehörigen entbieten wir unsere christliche Anteilnahme.

Musikgesellschaft «Bryscheralp», Mund



Traurig müssen wir Abschied nehmen von unserem lieben Jahrgänger

## Theodor Williner

Wir werden Theodor ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Trauerfamilie entbieten wir unsere herzliche Anteilnahme.

Jahrgang 1963 St. Niklaus/Grächen

trauer.rro.ch

### Leserbrief

## Es braucht zwingend Lohnerhöhungen

In vielen Betrieben und sozialen Einrichtungen wird ein System der Leistungsbewertung angewendet. Dabei ist im Vorfeld schon klar: Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können gar nicht die Leistungsmessung und -erwartung erfüllen. Dies aufgrund körperlicher oder geistiger Einschränkungen. Eine solche Handhabung führt zu Entwürdigung und einer Fokussierung auf die Schwächen der Einzelnen. So wird eine dringend notwendige Lohnerhöhung oft mit dem Argument abgelehnt, man sei zu wenig produktiv und man hätte zu wenig geleistet.

Ein solches Leistungssystem, welches die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen nicht richtig oder diskriminierend bewertet, sorgt für schwierige Lebenssituationen. Betroffene, einschliesslich Anlehre, sehen sich nach über zwanzig Jahren Berufserfahrung mit einem Stundenlohn von nur Fr. 8.70 konfrontiert. Manchmal

sogar noch weniger. Ob Mitarbeitende in solchen Institutionen eine hundertprozentige Zielerfüllung erreichen, ist mir bis dato nicht bekannt. Die steigenden Krankenkassenprämien und die anhaltende Teuerung werden die finanzielle Situation vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arg belasten. Diese Faktoren machen eine Lohnerhöhung umso dringender.

Wenn dieser Tage die Gewerkschaft Unia eine kantonale Lohn-Demo in Sitten durchführt, sind auch die Verantwortlichen der sozialen Institutionen und Einrichtungen aufgefordert, entsprechend zu handeln. Denn auch die Menschen im zweiten Arbeitsmarkt haben Anspruch auf einen guten Lohn! Es ist nun Zeit, ein Arbeitsumfeld zu schaffen, das auf Anerkennung, Menschlichkeit und Verständnis basiert!

Alex Perren, Steg

### KFBO

FMG / KJE Varen  
Familiengottesdienst. – Datum: Samstag, 16. November.

FMV Reckingen-Gluringen  
Christchindlimärt. – Datum: Samstag, 16. und Sonntag, 17. November.

Salgescher Frauenkreis  
Kaffeebar am Adventsmärt. – Datum: Samstag, 16. und Sonntag, 17. November.

FMG Niedergesteln  
Elisabethenopfer und Bouillon. – Datum: Sonntag, 17. November. – Zeit: 10.15 Uhr.

FMG Visp-Eyholz-Baltschieder

Feier der hl. Elisabeth. – Datum: Dienstag, 19. November. – Zeit: 19.00 Uhr. – Ort: Bruder-Klaus-Kapelle Visp.

FG Zermatt

Messe mit Elisabethenopfer. – Datum: Dienstag, 19. November. – Zeit: 8.00 Uhr. – Ort: Pfarrkirche.

FMG Eggerberg

Elisabethenopfer. – Datum: Dienstag, 19. November. – Zeit: 18.30 Uhr. – Ort: Grienig.

### Parteienforum

## Offener Brief an die Parteien

Im März 2025 stehen für das Wallis bedeutende Staatsratswahlen an. Zwei der Sitze im höchsten Gremium des Kantons werden frei – eine besondere Gelegenheit, den politischen Kurs zu gestalten und die Weichen für eine zukunftsorientierte, gerechte und nachhaltige Politik zu stellen. Wir, das FrauenNetzwerk Oberwallis, wenden uns in diesem offenen Brief an Sie, liebe Präsidentinnen und Präsidenten der Parteien, um Sie nachdrücklich dazu zu ermutigen, bei der Besetzung dieser Positionen verstärkt auf Frauen zu setzen.

Die Gleichstellung der Geschlechter ist ein Grundpfeiler unserer Gesellschaft und ein Ziel, das wir gemeinsam verfolgen müssen. Mehr Frauen in der Politik bedeutet eine Vielfalt an Ideen, eine breitere Basis für Entscheidungen und eine bessere Repräsentation der gesamten Bevölkerung. Diese Vielfalt stärkt die Demokratie und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politik.

Zahlreiche Studien belegen, dass gemischte Führungsgremien effektiver, kreativer und lösungsorientierter arbeiten. Frauen bringen andere Erfahrungswerte, Sensibilitäten und Ansätze in die politischen Diskurse ein. Sie legen oft einen stärkeren Fokus auf Themen wie Bildung, Gesundheit, Sozialpolitik und Gleichstellung, die zentrale Pfeiler für das Wohlergehen unserer Gesellschaft darstellen. Diese Aspekte verdienen mehr Gewicht in unserer kantonalen Politik.

In Anbetracht der Herausforderungen können wir es uns nicht leisten, das Potenzial und die Perspektiven von Frauen weiterhin zu vernachlässigen. Wir fordern Sie deshalb auf: Schaffen Sie die Voraussetzungen, damit Frauen für die Staatsratswahlen kandidieren und erfolgreich gewählt werden. Wir sind davon überzeugt, dass sich diese Investition in eine vielfältigere politische Vertretung langfristig für unseren Kanton auszahlt.

FrauenNetzwerk Oberwallis

### Parteienforum

## Klimagesetz: Argumente frei von Fakten

Gegen das Klimagesetz werden Argumente verbreitet, die schlicht falsch sind: Bei einem Ja zum Gesetz werde das Fleischessen quasi verboten, Gebäudesanierungen würden obligatorisch und es müssten für Millionen von Franken Krötentunnels gebaut werden. Wo steht das im Gesetz? Nirgends! Diese Behauptungen sind frei erfunden. Im Gesetz heisst es ausdrücklich, dass keine verbindlichen und einschränkenden Massnahmen sowie keine steuerlichen Konsequenzen vorgesehen sind. Falls solche gewünscht sind, bedürfen sie einer Grundlage in den entsprechenden Gesetzen. Die Gegnerinnen und Gegner des Gesetzes versuchen, den ausgewogenen Kompromiss, der im Parlament auch von den bürgerlichen Unterwalliser Parteien angenommen wurde, in den Dreck zu ziehen. Sowohl die Walliser Industrie- und Handelskammer als auch die Walliser Landwirtschaftskammer, der Branchenverband der Walliser Weine, Aven-

nir Wallis und viele weitere Verbände sagen Ja zum Klimagesetz. Diese Organisationen haben erkannt, dass das Klimagesetz beziehungsweise der Klimafonds, der mit dem Gesetz beschlossen wird, Gemeinden, Unternehmen und Organisationen finanzielle Mittel zur Verfügung stellt, um sich an den Klimawandel anzupassen. Bleibt noch Artikel 2, in dem es heisst, dass der Kanton dafür sorgt, dass die im Wallis anfallenden, von Menschen verursachten Treibhausgasemissionen bis im Jahr 2040 netto null betragen. Das ist ein ambitioniertes Ziel, gewiss, aber es gibt keine Sanktionen, wenn es nicht vollumfänglich erreicht wird. Das Ziel sorgt dafür, dass der Kanton und wir alle in die gleiche Richtung arbeiten. Es bedeutet, dass wir keine Zeit verlieren dürfen. Die Klimaerwärmung ist da! Handeln wir also jetzt für zukünftige Generationen und sagen Ja zum Walliser Klimagesetz!

Grüne Oberwallis

### Treffen der Briefmarken- und Ansichtskartensammler

Glis Am Sonntag, dem 17. November 2024, findet von 9.30 bis 15.00 Uhr im Malteserkreuz in Glis die traditionelle Herbstbörse des Philatelistenvereins Oberwallis statt. Vier Händler bieten diverse Briefmarken, Ansichtskarten, Münzen, Stiche sowie Sammlerzubehör an. Nicht nur Briefmarkensammler, sondern auch Heimatsammler werden hier regelmässig fündig und können in ihrer Sammlung Lücken schliessen. Dank dem

Börsenleitsatz «man kann «märtchen» – oder Neudeutsch «dealen» sind die Chancen, ein Schnäppchen zu ergattern, immer intakt. Der Philatelistenverein ist zudem Ansprechperson für fachkundige Auskunft betreffend alle philatelistischen Belange. Um 11.00 Uhr ist ein Apéro mit Erläuterungen zu den diversen Sonderbelegen, die der Verein während der letzten Jahre herausgegeben hat. Der Eintritt ist frei. (wb)

### Leserbrief

## Die Mär von der unterjochten Wirtschaft

Die Kritik am Walliser Klimagesetz zielt plakativ auf die Kosten ab und greift dabei zu kurz. Klimabedingte Folgekosten für Infrastruktur, Mensch und Umwelt werden ausgeblendet. Der Wert der Naturleistungen, etwa in Form von Lawinenschutz oder CO<sub>2</sub>-Speicherung, bleibt zudem unbeziffert. Ein Ja zum Klimagesetz bietet eine kosteneffiziente Zukunftsperspektive.

Investitionen in die Klimaanpassung sind unverzichtbare Vorkehrungen gegen künftige Schäden, wie die Überschwemmungen im Wallis dieses Jahr verdeutlichen. Unser Kanton ist stark Naturgefahren ausgesetzt, und die Erwärmung in den Alpen schreitet doppelt so schnell voran wie weltweit – mit Folgen für Energie, Tourismus und Landwirtschaft. Die Kosten des Nichthandelns übersteigen die Kosten der Schutzmassnahmen bei Weitem: Der Weltklimarat prognostiziert bis 2100 Verluste von bis zu 10% des BIP. Der

neue Klimafonds kann uns als Vorsorge dienen.

Investitionen in erneuerbare Energien schaffen Arbeitsplätze im Kanton und reduzieren die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen – im Einklang mit der Walliser Energiestrategie für 100% heimische, erneuerbare Energiequellen. Ein ambitioniertes Ziel dient als Katalysator, um Ressourcen zu mobilisieren und zu lenken. Die Investitionen wirken wie eine Rendite und bringen mittel- bis langfristig ökologische, soziale und wirtschaftliche Erträge.

Wer nur die heutigen Kosten sieht und die Einsparungen und Chancen von morgen ignoriert, rechnet falsch. Das Klimagesetz setzt auf Anreize statt Verbote und senkt klimabedingte Kosten für künftige Generationen – die Mär von der «unterjochten Wirtschaft» wollen wir unseren Enkelkindern ersparen.

Sebastian König, Naters

### Leserbrief

## Teure Angstkampagne gegen das Klimagesetz

Das Klimagesetz, über das wir am 24. November abstimmen, sollte eigentlich «Investitions- und Schutzgesetz» heissen. Denn es ist unbestritten, dass das Wallis mit dem «Klimagesetz» die weltweiten Klimaänderungen infolge Umweltbelastung nicht stoppen kann. Ein solches Ansinnen steht denn auch nicht im Gesetz. Von Busen oder bevormundenden Befehlen an die Adresse der Bürger, Gemeinden und Unternehmen, wie von den Gegnern, findet sich im Gesetz nichts. Auch was die Zeitangabe Netto-Null bis 2040 anbelangt, ist dies lediglich eine unverbindliche Zielvorgabe, ohne irgendwelche Konsequenzen bei Nichterreichung. Die bürgerlichen Unterwalliser Parteien Mitte und FDP haben denn auch die positiven Auswirkungen und Anreize des Gesetzes auf unsere Wirtschaft erkannt und die Ja-Parole beschlossen. Ebenso wie die neo Ober-

wallis. Gleiches tat die Walliser Industrie- und Handelskammer als Stimme der Walliser Wirtschaft. Sie hat die Vorteile des Gesetzes richtig erkannt: finanzielle Unterstützung von Gemeinden, Unternehmen, Vereinen und Privatpersonen. Von der vorgesehene Klimareserve über 100 Millionen Franken würden bereits in den kommenden vier Jahren 32 Millionen in den öffentlichen Verkehr, in Ladestationen, in Forstbetriebe für hitzeresistente Schutzwälder, Gebäudesanierungen, Ersatz von Ölheizungen u.a.m. investiert. Die bürgerlichen Oberwalliser Gegner des Gesetzes sehen diese positiven Impulse offenbar nicht. Stattdessen jagen sie mit einer teuren Werbekampagne den Bürgern Angst vor Verboten, Strafen und Bevormundung ein. Dies sucht man im Gesetz vergebens.

Angelo Martig, Steg-Hohtenn